



Wider jegliche finanzpolitische Vernunft

23.01.2024

Erst gerade konnte das Parlament nur mit Mühe und Not ein Schuldenbremse-konformes Budget für das Jahr 2024 verabschieden und die Finanzprognosen für die kommenden Jahre verheissen mit prognostizierten Milliarden-Defiziten nichts Gutes. Die gewerkschaftliche Initiative für eine 13. AHV-Rente würde den Bundeshaushalt – ganz unabhängig von den notwendigen Lohnbeitrags- und MWST-Erhöhungen – mit weiteren massiven Mehrkosten belasten. Paradoxerweise profitieren dann auch genau jene Personen, welche am wenigsten auf einen Rentenzustupf angewiesen sind, finanziell am meisten von einer 13. AHV-Rente. Dies grenzt an eine finanzpolitische Verantwortungslosigkeit, weshalb die Initiative am 3. März unbedingt abgelehnt werden muss.

ADRIAN ACKERMANN, **VORSTAND AIHK FRICKTAL**, KAISTEN